

Matthias Freise

Was meint Brüssel eigentlich, wenn von Zivilgesellschaft die Rede ist?

Wer wirklich wissen möchte, womit sich der Brüssler Behördenapparat aktuell beschäftigt, kann sich eine Anmeldung beim Besucherdienst der Europäischen Union getrost sparen. Viel aufschlussreicher ist ein abendlicher Bummel durch die Kneipen und Restaurants am Place du Luxembourg im Herzen der belgischen Kapitale. Hier herrscht ein munteres Kommen und Gehen der Parlamentsabgeordneten, Kommissionsbeamten, Verbandslobbyisten, EU-Korrespondenten, NGO-Vertreter – und nicht zuletzt der Angestellten des gewaltigen Übersetzungs- und Dolmetscherdienstes, die die zahllosen Rechtsakte, Verlautbarungen und Communiqués in die 23 Amtssprachen der Mitgliedsländer übertragen und der EU somit erst ihre Stimme verleihen. Setzt man sich an einen beliebigen Stammtisch dieser Berufsgruppe und fragt nach einer Liste der unangenehmsten Begriffe, die in den vergangenen Jahren zu übersetzen waren, so nimmt „Zivilgesellschaft“ sprachenübergreifend einen der vorderen Ränge ein. Vor allem in der Amtszeit von Kommissionspräsident Romano Prodi (1999-2004) hat die Zivilgesellschaft als Reaktion auf das Scheitern der Santer-Kommission verstärkt Eingang in die zahllosen Veröffentlichungen der Gemeinschaft gefunden (Armstrong 2002), aber auch in der Kommission unter José Manuel Barroso nimmt der Begriff einen wichtigen Stellenwert in der Debatte um die Weiterentwicklung europäischen Regierens ein.

Seine weite Verbreitung in den unterschiedlichen politischen Zusammenhängen mit seinen sehr verschiedenen Akzentuierungen hat allerdings dazu geführt, dass Kritiker das Konzept der Zivilgesellschaft mittlerweile als diffusen, wenig nützlichen Amöbenbegriff ablehnen, der sich vor allem durch seine definitori-

sche Unschärfe charakterisiert und in der Sprachenvielfalt der EU bisweilen babylonische Verwirrung hervorruft. So sorgte ein Übersetzer aus dem Baltikum etwa kürzlich erst für Unverständnis und später für Heiterkeit in seinem Heimatland, als er in Dokumenten im Kontext der externen Demokratieförderung der Union in Weißrussland wiederholt „Civil Society“ mit „nicht militärische Gesellschaft“ übersetzte. Und trotz mehrfacher Nachfrage wissen viele seiner Kollegen bis heute nicht so recht, was der Begriff eigentlich beschreiben soll (zu den Problemen europäischer Übersetzer vgl. Frame 2005).

Was meint Brüssel also, wenn von Zivilgesellschaft die Rede ist? Im Folgenden sollen verschiedene Diskussionsstränge hinsichtlich ihrer empirischen und ihrer normativen Verwendung in Brüssel auf den Prüfstand gestellt werden.

1 Definitionsdefizite

Beschäftigt man sich auf Brüssler Ebene mit dem Diskurs der Zivilgesellschaft, so kann man sich schnell in einem wahren Knäuel der verschiedenen Diskussionsstränge verheddern, so verschieden sind die Kontexte, in denen mit dem Begriff hantiert wird. Inhärent ist allen aktuellen europäischen Diskussionssträngen allerdings eine dezidiert normative Perspektive von Zivilgesellschaft, die im Kern um die grundsätzliche Frage nach der Rolle und Funktion gesellschaftlicher Selbstorganisation im Multi-level-governance System der EU kreisen, wobei zentralen konzeptionellen Bestandteilen wie etwa der Legitimierung europäischer Gesetzgebung und den zur Verfügung stehenden Instrumenten bisweilen sehr unterschiedliche Bedeu-

tungen zugemessen werden (Eriksen/Fossum 2004; Greenwood 2007).

Es ist also erforderlich, nach den demokratietheoretischen Prämissen und normativen Bedeutungszumessungen zu fragen, die die Brüsseler Institutionen im Hinterkopf haben, wenn sie die Zivilgesellschaft thematisieren. Das erfordert bisweilen ein Lesen zwischen den Zeilen. Und dabei kann man den Eindruck gewinnen, das Konzept solle die Funktion einer eierlegenden Wollmilchsau bei der Weiterentwicklung europäischen Regierens im Besonderen und der Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses im Allgemeinen einnehmen, denn in mindestens acht Diskussionszusammenhängen hat der Zivilgesellschaftsdiskurs auf EU-Ebene Eingang gefunden:

(1) So soll die Zivilgesellschaft dazu beitragen, das vielbeschworene Demokratiedefizit des „Elitenprojektes Europa“ zu überwinden. (2) Sie soll als Legitimierungsquelle europäischen Regierens angezapft werden und Europa näher an die Bürgerinnen und Bürger rücken. (3) Sie soll den Benachteiligten eine Stimme in Brüssel verleihen und damit die Inputlegitimität europäischer Regelsetzung stärken. (4) Gleichzeitig soll die Outputlegitimität der Union durch das Einbringen von Expertise weiter gesteigert und europäische Governance effektiver und effizienter gestalten werden. (5) Die Zivilgesellschaft wird darüber hinaus als „Wachhund“ der Brüsseler Institutionen thematisiert. Sie soll durch ihre Kontrollfunktion die Verantwortlichkeit der EU-Behörden schärfen. (6) Des Weiteren gilt sie als Schule der Demokratie im Sinne Tocquevilles und als Hoffnungsträger für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit, die wiederum auf lange Sicht die Etablierung einer gemeinsamen europäischen Identität befördern soll. (7) Schließlich wird die Zivilgesellschaft als wichtiger Kooperationspartner für die Entwicklung der bislang nur in Grundzügen erkennbaren Sozialpolitik erkannt. (8) Und auch im Kontext der EU-Außenpolitik, und hier vor allem im

Zusammenhang mit den Anstrengungen in der externen Demokratieförderung der Union, wird die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger thematisiert.

Bis heute scheuen sich die Institutionen der Europäischen Union, eine Arbeitsdefinition von Zivilgesellschaft zu entwickeln. Es wird sogar – wie etwa im Grünbuch zur Rolle der Zivilgesellschaft in der europäischen Drogenpolitik, das die Kommission 2006 vorgelegt hat – ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich Zivilgesellschaft gar nicht einheitlich definieren lasse (Europäische Kommission 2006: 6). Immerhin gibt es innerhalb der einzelnen Dokumente, die sich mit der Rolle der Zivilgesellschaft in der Europäischen Union auseinandersetzen, einen gemeinsamen Bezugspunkt, nämlich eine Stellungnahme des Wirtschaft- und Sozialausschusses (EWSA) aus dem Jahr 1999, in der das Gremium, das sich selbst als Vertretung der organisierten Zivilgesellschaft in Brüssel versteht, die Akteure benennt, die die „organisierte Zivilgesellschaft“ seiner Ansicht nach konstituieren. In diesem bereichslogischen Zugang werden neben NGOs, auch sogenannte Community-Based Organisations (also auf Gemeinschaftsbildung ausgerichtete Assoziationen wie etwa Jugendorganisationen), Religionsgemeinschaften und schließlich auch die Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) sowie Vertretungsorganisationen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich im weiten Spektrum der organisierten Zivilgesellschaft verortet (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 1999: 9). Damit wählt der EWSA einen sehr weiten bereichslogischen Zugang (vgl. auch den Beitrag von Eisele in diesem Heft).

Ein zweiter wichtiger Bezugspunkt aktueller Debatten ist das Weißbuch „Europäisches Regieren“, das die Prodi-Kommission 2001 vorgelegt hat. Es stellt den Ausgangspunkt für eine mittlerweile ausufernde Debatte um die Weiterentwicklung von „guter“ Governance in der EU dar. Im Zentrum steht die Forderung

nach fünf Grundsätzen guten Regierens, nämlich Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz als demokratisch-rechtsstaatliche Prinzipien, die unter anderem durch zivilgesellschaftliche Partizipation verwirklicht werden sollen. Auch der EU-Reformvertrag, der sich gegenwärtig im Ratifizierungsverfahren befindet, sieht in Artikel 8b „einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ vor (Europäische Union 2007).

Allerdings halten sich auch das Weißbuch und der Reformvertrag sehr zurück, wenn es darum geht, das Konzept von Zivilgesellschaft zu präzisieren. Beide sprechen im Wesentlichen die „organisierte Zivilgesellschaft“ im Sinne des EWSA an, die im Rahmen des „zivilen Dialogs“ in die europäische Politikgestaltung insbesondere der Kommission eingebunden werden und damit zu einer Ergänzung des klassischen Governance-Repertoires der Union um nicht-gesetzgeberische Politikinstrumente beitragen soll (Schutter 2002: 199).

Innerhalb der verschiedenen EU-Dokumente wird also vor allem eine bereichslogische Definition vorgenommen, die Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre kennzeichnet, dabei auch Akteure des Marktes einschließt und im Wesentlichen auf verfasste Organisationen abhebt, die sich auf Brüssler Terrain bewegen. Was ist davon vor dem Hintergrund der großen Hoffnungen zu halten, die in Brüssel in die Zivilgesellschaft gesetzt werden?

2 Zivilgesellschaft als Legitimierungsressource der EU?

Dass die Europäische Union in einer Krise steckt, ist spätestens seit der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden gemeinhin bekannt. Dabei ist das Scheitern der Verfassung nur Ausdruck eines viel größeren Problems: Die Europäische Union, ur-

sprünglich als bloße Regulierungsbehörde eines europaweiten freien Marktes ins Leben gerufen, hat eine stetige Ausweitung ihres Hoheitsbereiches erfahren. Immer mehr Kompetenzen werden auf die europäische Ebene verlagert. Und obwohl eine Reihe von demokratischen Strukturen, wie das direkt gewählte Europäische Parlament, eingeführt worden sind, besteht doch mittlerweile weitgehende Einigkeit in der politischen wie politikwissenschaftlichen Debatte, dass die Europäische Union ein großes, wenn nicht gar gigantisches Demokratiedefizit aufweist. In Deutschland erhielt die öffentliche Diskussion um das Demokratiedefizit kürzlich durch Altbundespräsident Roman Herzog neuen Zündstoff, als er in einem Beitrag mit Lüder Gerken für die Welt am Sonntag die Vermischung von Legislative und Exekutive durch die zentrale Präjudizfunktion des Ministerrats in Bezug auf das Europäische Parlament beklagte und etwas überscharf festhielt, die Bundesrepublik Deutschland könne nicht mehr als parlamentarische Demokratie bezeichnet werden. Vielmehr sei es die unzureichend demokratisch legitimierte EU-Verwaltung, die nationale Gesetzgebung maßgeblich bestimme (Herzog/Gerken 2007: 9). Zahlreiche weitere Argumente lassen sich gegen die gegenwärtigen Modi europäischen Regierens vortragen (für eine Übersicht vgl. z.B. Mehr Demokratie e.V. 2007: 497), darunter: Europäisches Regieren geschieht alles andere als transparent und ist noch immer eine Art Außenstelle der nationalen Regierungen, die ihre Geschäfte technokratisch hinter verschlossenen Türen treffen, ohne Rücksicht auf repräsentativ-demokratische Verfahren nehmen zu müssen (Follesdal/Hix 2005: 263). Es ist folglich nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung der Union zunehmend skeptisch gegenüber steht.

Die Bürger durchschauen den Integrationsprozess und sein Ziel nicht mehr. Dies verdeutlichen die Ergebnisse des Eurobarometers immer wieder aufs Neue: Weite Teile der Bevölkerung

verstehen weder die Funktionsweise des politischen Systems der EU, noch glauben sie, dass sie Einfluss auf die Entscheidungsfindung auf Brüssler Ebene haben (Rek 2007: 151). Sie können nicht erkennen, wer für die Gesetze verantwortlich ist, die sie zu Hause im Alltag beeinflussen. Die in den Sozial- und Rechtswissenschaften bis vor Kurzem durchaus verbreitete Ansicht, die EU ließe sich als überstaatliches Gebilde *sui generis* nicht nach auf den Nationalstaat zugeschnittenen demokratischen Kriterien beurteilen und müsse ihre Legitimität deshalb einzig oder zumindest überwiegend aus ihren Politikergebnissen beziehen, sich also in der Sprache von Fritz Scharpf auf ihre Output-Legitimität stützen (Scharpf 2005: 143), wird deshalb zusehends nicht mehr akzeptiert. Stattdessen wird eine Kombination input- und outputorientierter Legitimierungsquellen gefordert. Über die Frage allerdings, ob und ggf. wie sich eine solche Kombination verwirklichen lässt, wird derzeit heftig gestritten (Holzhacker 2007).

Beate Kohler-Koch und Berthold Rittberger zeigen in ihrer Bestandsaufnahme der Diskussion um die Steigerung demokratischer (Input-)Legitimität der EU, dass sich das Heer der Kritiker des demokratiethoretisch unbefriedigenden Status Quo grob in zwei Lager einteilen lässt: Auf der einen Seite diejenigen, die das Demokratiedefizit zwar beklagen, es aber aufgrund der spezifischen Aufgaben der EU für unüberwindbar halten. Auf der anderen Seite stehen Autoren, die meinen, das Demokratiedefizit könne über Kurz oder Lang beseitigt oder zumindest durch die Entwicklung eines politischen Systems für die EU abgemildert werden, das den Bürgerinnen und Bürgern in stärkerem Maße als bisher Kanäle der politischen Partizipation, der Einflussnahme und der Kontrolle öffnet (Kohler-Koch/Rittberger 2007: 6). Es wird also nach neuen Formen europäischer Politiklegitimierung gesucht, und hier wird von akademischer wie politischer Seite die Zivilgesellschaft ins Spiel gebracht.

Neben Ansätzen, die vor allem auf eine weitere Stärkung der repräsentativen Elemente in Form des Europäischen Parlaments abzielen und solchen, die sich für die Einführung direktdemokratischer Elemente aussprechen, wird die Zivilgesellschaft als Teilnehmer deliberativer Entscheidungsfindung als dritte wichtige Säule bei der Demokratisierung europäischen Regierens thematisiert. Allerdings ist festzustellen, dass die demokratischen Potentiale zivilgesellschaftlicher Einbindung in die Brüssler Entscheidungsfindung sowohl in akademischen als auch in politisch-praktischen Kreisen sehr kontrovers diskutiert werden.

Innerhalb der verschiedenen Brüssler Institutionen sind ganz eindeutige Präferenzen innerhalb dieser Diskussion erkennbar. So zeigt Pieter Bouwen sehr anschaulich, wie sich im Nachgang zur Veröffentlichung des Weißbuches Europäisches Regieren im Jahr 2001 ein Konflikt zwischen Parlament und Kommission um die Institutionalisierung und Verstetigung von Konsultationsverfahren mit Organisationen der Zivilgesellschaft entwickelt hat. Offensichtlich fürchtete das Parlament um seine ohnehin beschränkten Kompetenzen im europäischen Legislativverfahren und betonte mehrfach, dass die Konsultation mit interessierten Parteien grundsätzlich nur als Supplement europäischen Regierens dienen dürfe, niemals aber in Konkurrenz zum durch demokratische Wahlen legitimierten Parlament treten solle (Bouwen 2007: 275).

Von Seiten der Kommission werden die Organisationen der Zivilgesellschaft hingegen zunehmend als Legitimierungsressource europäischen Regierens thematisiert. Die dahinter liegende Idee fußt auf der Hypothese, durch zivilgesellschaftliche Partizipation an der politischen Entscheidungsfindung und den damit verbundenen deliberativen Beratungsprozessen ließe sich die demokratische Qualität der Beratungen, der daraus resultierenden Rechtsakte und schließlich des politischen Systems selbst er-

höhen (Nanz/Steffek 2005: 88ff). In der Theorie der Internationalen Beziehungen wird dieser deliberative Zugang zum demokratischen Regieren überstaatlicher Organisationen bereits seit längerem diskutiert, allerdings gibt es bislang kaum empirische Studien, die einen Beleg für einen tatsächlichen demokratischen Mehrwert zivilgesellschaftlicher Partizipation liefern können. Kenneth Armstrong hält vielmehr fest, dass eine vollständige Umstellung auf ein deliberatives Modell, in dem die organisierte Zivilgesellschaft als Bindeglied zwischen Entscheidungen und Bürgern die dominante Legitimationsfunktion übernimmt, demokratietheoretisch überaus bedenklich ist. Angesichts der noch immer mangelhaft ausgeprägten Öffentlichkeit und der in Mehrebenensystemen typischen Kontroll- und Verantwortungsprobleme laufen deliberative Elemente Gefahr lediglich als Feigenblatt einer Elitenveranstaltung zu dienen (Armstrong 2006: 80).

Dies gilt umso mehr für das Mehrebenensystem der EU, denn im Gegensatz zu den nationalen Diskursen über die Einbindung von partizipativen Elementen als „kleine“ Zusatzlegitimation neben starken Parlamenten, soll die Zivilgesellschaft im Verständnis der Kommission zu einem echten Standbein der Input-Legitimierung weiterentwickelt werden – und das auf Kosten einer Ausweitung der in der EU ohnehin schon sehr schwach ausgeprägten Parlamentskompetenz. So ist es keineswegs verwunderlich, dass das EU-Parlament seinerseits überaus skeptisch auf Initiativen reagiert, die es als Konkurrenz zur eigenen repräsentativen Arbeit wahrnimmt.

Die erstmals im November 2007 ausgerechnet auf Einladung des Parlamentes zusammengetretene *Agora* ist dafür ein gutes Beispiel: Laut Einladungstext hat die Agora zum Ziel, „die partizipative Energie der europäischen Gesellschaft, wie sie in Vereinsnetzwerken, Berufsverbänden und Gewerkschaften zum Ausdruck kommt, mit der repräsentativen Demokratie (...) zu ver-

knüpfen, wie sie auf europäischer Ebene vom Europäischen Parlament verkörpert wird.“⁴¹ Betrachtet man allerdings die Redebeiträge der meisten Parlamentarier im Eröffnungsplenum, so wird deutlich, dass im Abgeordnetenhaus große Vorbehalte gegen einen weiteren Ausbau der Input-Legitimierung durch die Involvierung zivilgesellschaftlicher Akteure bestehen.

Die Politikwissenschaft fragt deshalb zuerst nach den normativen Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit Deliberation europäisches Regieren tatsächlich demokratischer gestalten kann (z.B. Steffek/Nanz 2007; Eder/Trenz 2007). Dreh- und Angelpunkt dabei ist die Annahme, Organisationen der Zivilgesellschaft könnten als Transmissionsriemen zwischen Bürger und den politischen Institutionen einer internationalen Organisation dienen, die aus verschiedenen Gründen der Praktikabilität keine oder nur eingeschränkte Legitimität durch repräsentative Verfahren gewinnen kann. Die internationale Entscheidungsfindung wird demnach demokratischer, weil Anliegen der betroffenen Bevölkerungsgruppen durch die Organisationen der Zivilgesellschaft gebündelt und in die deliberative Politikberatung eingebracht werden können. Darüber hinaus tragen die Akteure der organisierten Zivilgesellschaft Informationen der internationalen Organisationen in die Bevölkerung und befördern den politischen Diskurs, indem sie über alternative Lösungsoptionen informieren. Soweit die Hypothese. Ob die Organisationen der Zivilgesellschaft in diesem Sinne wirklich zu einer Legitimation durch Deliberation beitragen können, ist in der empirischen Forschung zur Governance internationaler Organisationen allerdings sehr umstritten.

Einigkeit herrscht hingegen in der normativen Diskussion um die Rolle der Zivilgesellschaft in internationalen Governance-Strukturen darüber, dass Legitimation durch Deliberation nur dann überhaupt denkbar ist, wenn einige Grundvoraussetzungen erfüllt sind. Nanz und Steffek operationalisieren daher die Qualität

deliberativer Prozesse anhand von vier Kriterien, die sie als Grundbedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung internationalen Regierens durch zivilgesellschaftliche Partizipation betrachten. Dazu zählen sie neben dem nach Möglichkeit rechtlich verbrieften Zugang zivilgesellschaftlicher Organisationen zu den Beratungen der internationalen Organisationen und der Transparenz der Entscheidungsfindung vor allem eine umfassende Distribution von Informationen und Dokumenten. Darüber hinaus wird Responsivität als Grundvoraussetzung deliberativer Demokratie gefordert, also der tatsächliche Eingang der eingebrachten Argumente in den Beratungsprozess. Weiter betonen Nanz und Steffek die systematische Einbeziehung aller Stakeholder, die durch den Regelsetzungsprozess betroffen sind und betonen schließlich, dass sich die Organisationen der Zivilgesellschaft selbst diese Anforderungen in ihrem eigenen Organisationsaufbau erfüllen müssen, damit ein demokratischerer Mehrwert durch deliberative Verfahren erzielt werden kann (Nanz/Steffek 2005).

Dieses Konzept ist sicherlich sehr voraussetzungsvoll, und in der Forschungspraxis dürfte es große Schwierigkeiten bei der Umsetzung valider Evaluationsverfahren geben. Trotzdem dürften Nanz und Steffek den Autoren des Weißbuches in der Europäischen Kommission aus dem Herzen sprechen, wenn sie die Legitimität stiftenden Potentiale deliberativer Verfahren in der Entscheidungsfindung internationaler Organisationen herausarbeiten. Zumindest wird das offiziell so verkündet. Das Exekutivorgan der EU hat in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, die auf die Herstellung der genannten Grundvoraussetzungen deliberativer Demokratie abzielen sollen (siehe z.B. die Beiträge von Thorsten Hüller und Christine Quittkat in diesem Heft). So wurde beispielsweise das Internetangebot der Kommission gehörig aufpoliert, um Informationen über geplante Gesetzesinitiativen der Union

schon früh zur Diskussion zu stellen. Nahezu alle Generaldirektionen der Kommission unterhalten in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich im Rahmen des „zivilen Dialogs“ Kontakte zur organisierten Zivilgesellschaft und anderen interessierten Kreisen und tüfteln an der Verstärkung dieses Dialogs. Mit der Website „Ihre Stimme in Europa“ bietet die Europäische Kommission Zugang zu einer Vielzahl von Konsultationen, Diskussionen und verspricht, dass sich die Bürgerinnen und Bürger hierüber „aktiv an der Politikgestaltung in Europa beteiligen können“ (Winkler/Kozeluh 2005: 179). Auch die Einrichtung der Datenbank „Konsultation, die Europäische Kommission und die Zivilgesellschaft“ (CONECCS)² geht auf die Verpflichtung der Kommission zurück, ihre Konsultationsverfahren transparenter zu gestalten. Die Kommission verfolgt mit diesen Maßnahmen gemäß eigener Auskunft das Ziel, einen allgemein gültigen, transparenten und kohärenten Rahmen für ihre Konsultationsverfahren mit der organisierten Zivilgesellschaft zu schaffen. In erster Linie sollte sichergestellt werden, dass bei der Politikgestaltung der Kommission die Standpunkte aller interessierten Kreise angemessen berücksichtigt werden (Europäische Kommission 2007).

Trotz dieser Bemühungen dürfte die Kommission damit gegenwärtig kaum die Input-Legitimität europäischen Regierens gesteigert haben, im Gegenteil: Dawid Friedrich hat in seiner Studie zur Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure im Beratungsprozess der europäischen Chemikalienrichtlinie eindrucksvoll herausgearbeitet, dass Responsivität, Transparenz und Inklusion in den Beratungsverfahren keineswegs verwirklicht sind (Friedrich 2007). Kritiker der Kommission wird das kaum verwundern. Nicht umsonst hat Rinus van Schendelen sein Standardwerk zum Lobbyismus in der EU unter der Überschrift „Machiavelli in Brüssel“ veröffentlicht. Er schätzt, dass es gegenwärtig rund 3.500 registrierte Interessenver-

bände gibt, die in Brüssel ein Büro unterhalten. Dazu kommt ein ganzes Heer von rund 25.000 Lobbyisten, die sich in der belgischen Hauptstadt niedergelassen haben, etwa 5.000 Lobbyisten von ihnen sind bei der Kommission offiziell akkreditiert. Wie eingangs bereits erwähnt unterscheidet das Kommissions-Konzept der organisierten Zivilgesellschaft nicht zwischen Organisationen, die wirtschaftliche Interessen ihrer Mitglieder verfolgen und solchen, die sich als nicht-gewinnorientierte NGOs bezeichnen. Setzt man diese beiden Gruppen ins Verhältnis zueinander, so kommt auf sechs Industrielobbyisten etwa ein NGO-Vertreter (Schendelen 2005). Jeder, der die Interessenpolitik in Brüssel einmal in der Praxis erlebt hat, wird sofort bestätigen, dass die gegenwärtige Arbeitsweise der EU alles andere als transparent abläuft.

Insbesondere die Abwesenheit verbindlicher Regeln des Konsultationsprozesses wird deshalb vielfach als Hauptproblem europäischen

Regierens unter Einbeziehung von Akteuren der „organisierten Zivilgesellschaft“ betrachtet. Der Kommission ist das durchaus bewusst. Trotzdem tut sie sich sehr schwer damit, diesem über die Jahre gewachsenen Geflecht von informellen Beziehungen zu den verschiedenen Interessengruppen eine rechtsverbindliche Basis zu verleihen. Das hat zwei Gründe: Zum einen würde sich die Kommission angreifbar machen. Zum anderen fährt der Beamtenapparat der Kommission mit der bisherigen Praxis der Interessenvertretung sehr gut und hinter vorgehaltener Hand möchte auch kaum jemand in den Fachreferaten daran etwas ändern. In der Tat sind die Referenten in den verschiedenen Generaldirektionen auf die Expertise der Interessengruppen zwingend angewiesen. Die EU verfügt im Gegensatz zu den nationalen Regierungen und Parlamenten nur über einen sehr kleinen wissenschaftlichen Dienst und muss sich deshalb auf die Informationen auswärtiger Ex-

Phantastisch! Und mit welcher Zunge sprechen Sie?!



Meinen

perten stützen. Und die stellen die Interessengruppen natürlich gerne bereit (Kohler-Koch, 2007). In der Folge haben sich die Interessengruppen in Brüssel – ganz gleich ob Wirtschaftsverbände oder NGOs – zu hochgradig professionalisierten Spezialisten entwickelt, die „durch eine gewisse Distanz zur Öffentlichkeit auffallen“, um es mit Jürgen Kocka einmal vorsichtig zu formulieren (Kocka 2007: 35). Entstanden ist so eine „stille Zivilgesellschaft“ (Kaelble 2005: 279), die alternative politische Lösungsvorschläge in der Regel durch die Produktion von Gutachten und nur in Ausnahmefällen durch die Organisation von Protest formuliert.

Die Kommission hat diese Entwicklung dadurch noch vorangetrieben, dass sie in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße versucht hat, sich im Rahmen von Top-Down-Strategien zivilgesellschaftliche Kooperationspartner selbst zu schaffen, indem sie in Politikfeldern, in denen ihrer Ansicht nach nicht alle Stakeholder angemessen vertreten sind, kurzerhand Verbände bezahlt, die bei ihr Lobbying betreiben. Dies ist angesichts des erheblichen Ungleichgewichts gegenüber den organisierten Wirtschaftsinteressen durchaus legitim. Hendrik Kafsack zeigt allerdings am Beispiel der Umweltorganisationen in Brüssel, dass die EU in diesem Politikfeld für zahlreiche Interessengruppen zum wichtigsten Geldgeber avanciert und konstatiert etwas resigniert, dass das Wörtchen „nicht“ in „Nichtregierungsorganisation“ nur noch fiktiv sei (Kafsack 2005: 12).

Was gegenwärtig in Brüssel also unter dem Schlagwort der zivilgesellschaftlichen Partizipation passiert, ist paradoxerweise kein Ausbau input-orientierter Legitimation, vielmehr wird durch die Struktur der europäischen Interessenspolitik bestenfalls die Output-Leistung des EU-Apparates durch die Bereitstellung von Expertise seitens der Interessengruppen erreicht (Coen 2007). Fairerweise muss man einräumen, dass dieses Phänomen von den Institutionen der EU erkannt worden ist.

Streiten Parlament, Rat und Kommission im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung europäischen Regierens vehement um die Aufgaben der organisierten Zivilgesellschaft, so besteht doch weitgehende Einigkeit, wenn es darum geht, die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträgerin für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit zu bemühen.

3 Zivilgesellschaft als Identitätsstifterin?

Eine wesentliche Ursache für die momentan weitgehend festgefahrene Debatte um die Weiterentwicklung Europas ist die Tradition europäischer Integration als Elitenprojekt. Bis heute ist eine europäische Identität wenn überhaupt nur in Ansätzen zu erkennen. Zentraler Bezugspunkt politischen Denkens ist jedoch in nahezu allen Staaten der Nationalstaat. Es gibt weder europäische Parteien, noch mediale Bindeglieder zwischen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und den Institutionen der Europäischen Union (Bijmans 2007). Politische Berichterstattung findet europaweit wenn überhaupt nur in den Qualitätszeitungen statt, und nach dem Bericht aus Brüssel muss man in den dritten Programmen der ARD schon lange suchen. In unseren Nachbarländern ist das nicht viel anders. Kein Wunder also, dass die Institutionen der EU Hoffnungen in die nationalen und insbesondere die regionalen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen setzen, wenn es darum geht, europäische Themen näher an den Bürger zu rücken. Ganz unbegründet scheint diese Hoffnung nicht zu sein. Volker Gunnar Schuppert deutete bereits 2001 in einem Essay für dieses Journal an, dass sich zusehends europäische Netzwerke zivilgesellschaftlicher Organisationen herausbilden, die „nicht nur dem jetzigen Integrationsgrad der Europäischen Union, sondern dem kulturellen Pluralismus Europas in besonderer Weise entsprechen“ (Schuppert 2001: 9). Die Institutionen der Europäischen Union haben eine

Vielzahl von Maßnahmen in der Hoffnung entwickelt, diesen Prozess beschleunigen zu können. Jüngstes Beispiel ist das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft“ für die Jahre 2007 bis 2013, das Rat und Parlament im Dezember 2006 auf den Weg brachten. Auch hier spielt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Ziel des Programms ist es unter anderem, „ein Verständnis für eine europäische Identität zu entwickeln, die auf gemeinsamen Werten, gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Kultur aufbaut“ (Europäisches Parlament 2006). Dies soll beispielsweise durch die Förderung von Städtepartnerschaften oder die Unterstützung für Initiativen von Organisationen der Zivilgesellschaft vor Ort erreicht werden. Zahlreiche weitere Beispiele für solche Förderprogramme lassen sich anführen.

Im Gegensatz zur Debatte um die Einbeziehung von Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft in deliberative Beratungsprozesse der Union umfasst die Perspektive der europäischen Institutionen bei der Frage nach der Beförderung einer europäischen Identität nun auch prononciert neo-tocqueville'sche Elemente und heben indirekte Beiträge zum *Community Building* lokale Assoziationen hervor. Diese sollen durch ihre soziale Infrastruktur belastbarer Netzwerke von *face-to-face* Beziehungen bestehende soziale Schranken überwinden. Interpersonales Vertrauen, die Unterstützung gemeinschaftsbezogener Werte und Normen sowie bürgerschaftliches Engagement werden in diesem Verständnis in Netzwerken bürgerlicher Vereinigungen ausgebildet. Damit lässt sich diese Perspektive von Zivilgesellschaft der Debatte um den Nutzen von Sozialkapital im Sinne Robert Putnams zuschlagen, den sich auch die Europäische Union zu nutze machen möchte (Zimmer/Freise 2008). Performanzevaluationen dieser Fördermaßnahmen sind allerdings überaus schwierig durchzuführen.

Aus demokratietheoretischer Perspektive ist an Versuchen, Europa durch die Unterstützung von europäischen Netzwerken eine Identität zu verleihen, sicher nichts auszusetzen. Allerdings muss sich die Union hüten, eine europäische Zivilgesellschaft ausschließlich „von oben“ aufbauen zu wollen. Trotz der erheblichen Förderprogramme, die die Union seit den 1980er Jahren und in noch viel stärkerem Maße nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder 2005 bzw. 2007 durchführt, lässt sich bislang kaum ein messbarer Erfolg hinsichtlich der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union verzeichnen.

4 Zivilgesellschaft als Ersatz-Exekutive?

Der Vollständigkeit halber soll hier auf zwei weitere Diskussionszusammenhänge hingewiesen werden, in denen das Konzept der Zivilgesellschaft Eingang in die Brüssler Behördensprache gefunden hat, allerdings mit einem völlig anderen Bedeutungsgehalt. So wird der Begriff von den Europäischen Institutionen immer mal wieder synonym zum ökonomischen Begriff des Dritten Sektors verwendet, wenn es um die praktische Regelung der Daseinsvorsorge nach den Vorgaben der EG geht (Lahusen 2005). Hintergrund ist das Grundanliegen der EU, einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen. Dabei hat sich die Frage nach den ökonomischen und rechtlichen Grundlagen für die Erbringung sozialer Dienste im öffentlichen Interesse durch nichtstaatliche Organisationen zu einer der heikelsten Probleme europäischer Binnenmarktregulierung der vergangenen Jahre entwickelt. Dies resultiert aus der historisch gewachsenen Einbettung des Dritten Sektors in die staatliche Wohlfahrtsproduktion, die von Land zu Land verschiedene Wohlfahrtsmixe aus staatlichen, marktlichen und gemeinnützigen Akteuren konstituiert hat (vgl. hierzu die Beiträge in Evers/Laville 2004). Im Kern geht es

also in dieser Auseinandersetzung um die Dienstleistungsfunktion gemeinnütziger Akteure im Rahmen der Daseinsfürsorge und nicht etwa vorrangig um demokratiethoretische Fragestellungen. Insbesondere den Organisationen der freien deutschen Wohlfahrtspflege ist es aber gelungen, den „zivilgesellschaftlichen Mehrwert gemeinwohlorientierter Dienste“ in Brüssel in die politische Debatte einzuführen (Zimmer et al. 2005). Im Ergebnis hat dies dazu geführt, dass sich die EU-Kommission bei der Durchsetzung einheitlicher Regelungen im Bereich der Daseinsvorsorge gegenwärtig weitgehend zurückhält. Dennoch gibt es augenblicklich eine Reihe von Konflikten zwischen EU-Kommission, nationalen Regierungen und Vertretern des Dritten Sektors, so im Ausschreibungs-, Subventions- und Steuerrecht, um nur einige zu nennen (Blankart/Gehmann 2006).

Demokratiethoretisch wesentlich brisanter ist der Versuch der Kommission, mit Hilfe von Organisationen des Dritten Sektors das ohnehin schon löchrige Subsidiaritätsprinzip und damit nationale Kompetenzbereiche zu umschiffen. Die Methode der Offenen Koordinierung ist ein gutes Beispiel. Hier werden „Organisationen der Zivilgesellschaft“ in den Umsetzungsprozess der Zielvorgaben integriert, womit ein starker Druck auf die nationalen Regierungen ausgeübt werden kann, Kommissionsinteressen umzusetzen, obwohl das Politikfeld nicht vergemeinschaftet ist (Branden 2008).

Schließlich hat der Begriff Zivilgesellschaft in Brüssel ebenfalls einen festen Platz in der Diskussion um die Weiterentwicklung europäischer Entwicklungszusammenarbeit und externer Demokratieförderung inne. Zwar zeigen Annette Jünemann und Michèle Knodt, dass die Barroso-Kommission mit ihrer österreichischen Außenkommissarin Ferrero-Waldner zivilgesellschaftlichen Förderprogrammen spürbar weniger Aufmerksamkeit widmet als die Vorgänger-Kommission, was auch einer Reihe von Evaluationen geschuldet sein dürfte, die

externen Förderprogrammen zum Aufbau von Zivilgesellschaften eher bescheidenen Erfolg attestieren. Dennoch spielt die Unterstützung nicht-staatlicher Akteure in Transitionsprozessen nach wie vor eine wichtige Rolle in der EU-Entwicklungszusammenarbeit. Gegenwärtig wird in Parlament und Kommission eine rege Diskussion um die Professionalisierung des Managements zivilgesellschaftlicher Kooperationsprojekte geführt (Jünemann/Knodt 2006: 291).

5 Fazit

Dass die eingangs zitierten EU-Übersetzer ihre Schwierigkeiten mit dem Begriff Zivilgesellschaft haben, dürfte angesichts der dargestellten Verwendungsvielfalt in der Brüssler Behördensprache verständlich geworden sein. Zu verschieden sind die normativen Hoffnungen, die seitens der EU-Institutionen in die aktuelle Diskussion um die Weiterentwicklung europäischen Regierens gesetzt werden, als dass Zivilgesellschaft in der EU-Forschung als heuristisches Konzept erhalten könnte. Warum hat der Begriff dennoch eine solche Karriere im europäischen Diskurs hingelegt? Die Antwort dürfte in seiner utopischen Begriffsebene liegen. Wie Ansgar Klein in seinem Standardwerk zum Diskurs der Zivilgesellschaft so schön ausführt, ist dieser „eine weit ausholende und un abgeschlossene theoretische Suchbewegung nach den politischen Handlungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure zur Herstellung und Fortentwicklung demokratischer Formen der Politik“ (Klein 2000: 252). Untrennbar ist die Vorstellung von Zivilgesellschaft mit der Idee einer „guten“, demokratischeren Gesellschaft verbunden, in der eine aktive Bürgerbeteiligung und politische Öffentlichkeit eine wichtige Rolle spielen. Und obwohl die aktuelle Umsetzung mehr zur Tarnung der Elitenveranstaltung Europa dient, besteht doch offensichtlich die weitverbreitete Sehnsucht nach einem demokratischeren Euro-

pa, die sich auch in den umfangreichen Förderprogrammen der EU und anderer staatlicher Institutionen niederschlägt. Forschungsnetzwerke wie CONNEX³ oder CINEFOGO⁴, aber auch die Nachwuchsgruppe „Europäische Zivilgesellschaft & Multilevel Governance“⁵, der der Verfasser vorsteht, sind nichts anderes als Einladungen an die Sozialwissenschaften, sich an der Verwirklichung der Utopie eines demokratischen Europas zu beteiligen.

Sie dürfen dabei allerdings nicht den Fehler begehen, auf den Zug derjenigen aufzuspringen, die ein viel zu euphorisches Bild von Zivilgesellschaft zeichnen und die Potentiale zivilgesellschaftlicher Einbindung erheblich überschätzen. Eine Europäische Union, in der die politische Entscheidungsfindung repräsentative Legitimierung zugunsten von vermeintlich partizipativen Elementen marginalisiert, wird nicht zur Demokratisierung europäischen Regierens beitragen. Vielmehr steht im Gegenteil eine Zementierung des Elitenprojektes Europa zu befürchten.

Dr. Matthias Freise ist Leiter der Nachwuchsgruppe „Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance“ an der Universität Münster, freisem@uni-muenster.de.

Anmerkungen

¹Vgl. www.europarl.europa.eu/agora.

²Vgl. http://ec.europa.eu/civil_society/coneccs/index_de.htm.

³Vgl. www.connex-network.org/.

⁴Vgl. www.cinefogo.org/.

⁵Vgl. nez.uni-muenster.de/.

Literatur

Armstrong, Kenneth 2002: Rediscovering Civil Society: The European Union and the White Paper on Governance. In: *European Law Journal*, Jg. 8, Heft 1, 102-132.

Armstrong, Kenneth 2006: Inclusive governance? Civil Society and the open method of co-ordination. In: Smismans, Stijn (Hg.): *Civil Society and Legitimate European Governance*. Cheltenham: Edward Elgar, 68-86.

Bijsmans, Patrick/Altides, Christina 2007: 'Bridging the Gap' between EU Politics and Citizens? The European Commission, National Media and EU Affairs in the Public Sphere. In: *Journal of European Integration*, Jg. 29, Heft 3, 323-340.

Blankart, Charles/Gehrmann, Björn 2006: Der Dritte Sektor in der Europäischen Union: Die Daseinsvorsorge aus ökonomischer Sicht. In: Schmidt-Trenz, Hans-Jörg/Stober, Rolf (Hg.): *Jahrbuch Recht und Ökonomik des Dritten Sektors*. Baden-Baden: Nomos, 36-75.

Bouwen, Pieter 2007: Competing for consultation: Civil society and conflict between the European Commission and the European Parliament. In: *West European Politics*, Jg. 30, Heft 2, 265-284.

Brandsen, Taco 2008: European Civil Society and the Open Method of Coordination: an analysis of the National Action Plans on Social Inclusion. In: Freise, Matthias (Hg.): *European Civil Society on the Road to Success?* Baden-Baden: Nomos, 157-179.

Coen, David 2007: Empirical and theoretical studies in European lobbying. In: *Journal of European Public Policy*, Jg. 14, Heft 3, 333-345.

Eder, Klaus/Trenz, Hans-Jörg 2007: Prerequisites of Transnational Democracy and Mechanisms for Sustaining it: The Case of the European Union. In: Kohler-Koch, Beate/Rittberger, Berthold (Hg.): *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*. Lanham: Rowman & Littlefield, 165-181.

Eriksen, Erik/Fossum, John Erik 2004: Europe in Search of Legitimacy: Strategies of Legitimation Assessed. In: *International Political Science Review*, Jg. 24, Heft 4, 435-459.

Europäische Kommission 2006: Grünbuch – Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Drogenpolitik der Europäischen Union. KOM(2006) 316 endgültig vom 26.06.2006. Brüssel.

Europäische Kommission 2007: Mitteilung der Kommission: Folgemaßnahmen zu dem Grünbuch „Europäische Transparenzinitiative“. KOM (2007) 127final vom 21.03.2007. Brüssel.

Europäische Union 2007: Vertrag von Lisabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. ABl. C 306/01 vom 17.12.2007.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 1999: Stellungnahme zum Thema „Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk“. CES 851/99 vom 24.09.1999. Brüssel.

Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2006: Beschluss Nr. 1904/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (2007-2013) vom 12. Dezember 2006. In: ABl. L 378/32 vom 27.12.2006. Brüssel.

Evers, Adalbert/Laville, Jean-Louis (Hg.) (2004): *The Third Sector in Europe*. Cheltenham: Edward Elgar.

Follesdal, Andreas/Hix, Simon 2005: Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik. *European Governance Papers* (EUROGOV) Nr. C-05-02.

Frame, Ian 2005: Linguistic oddities in European legislation: don't shoot the translator. In: *Clarity. Journal of the international association promoting plain legal language*, Jg. 21, Heft 53, 21-24.

Friedrich, Dawid 2007: Old Wine in New Bottles? The Actual and Potential Contribution of Civil Society Organisations to Democratic Governance in Europe. RECON Online Working Paper 08/2007. Bremen.

Greenwood, Justin 2007: Organized Civil Society and Input Legitimacy in the EU. In: DeBardeleben, Joan/Hurrelmann, Achim (Hg.): *Democratic Dilemmas of Multi-level Governance: Accountability and Legitimacy in the European Union*. Houndmills: Palgrave, 177-194.

Herzog, Roman/Gerken, Lüder 2007: Europa entmachtet uns und unsere Vertreter. In: *Welt am Sonntag* vom 14.02.2007, 8-9.

Holzacker, Ronald 2007: Democratic Legitimacy and the European Union. In: *Journal of European Integration*, Jg. 29, Heft 3, 257-269.

Jünemann, Annette/Knodt, Michèle 2006: Externe Demokratieförderung der Europäischen Union – die Instrumentenwahl der EU aus vergleichender Perspektive. In: *Integration*, Jg. 29, Heft 4, 287-296.

Kaelble, Hartmut 2005: Gibt es eine europäische Zivilgesellschaft? In: Gosewinkel, Dieter et al. (Hg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*. Berlin: Edition Sigma, 267-284.

Kafsack, Hendrik 2005: Wie im Wald von Nottingham. Die Europäische Union bezahlt viele Nichtregierungsorganisationen für Lobbyarbeit in Brüssel. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Juli 2005, 12.

Klein, Ansgar 2000: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.

Kocka, Jürgen 2007: Eine stille Zivilgesellschaft entsteht. In: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Jg. 54, Heft 1+2, 33-35.

Kohler-Koch, Beate 2007: The Organizations of Interest and Democracy in the European Union. In: Kohler-Koch, Beate/Rittberger, Berthold (Hg.): *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*. Lanham: Rowman & Littlefield, 255-271.

Kohler-Koch, Beate/Rittberger, Berthold 2007: Charting Crowded Territory: Debating the Democratic Legitimacy of the European Union. In: Kohler-Koch, Beate/Rittberger, Berthold (Hg.): *Debating the democratic legiti-*

macy of the European Union. Lanham: Rowman & Littlefield, 1-29.

Lahusen, Christian 2005: European Integration and Civil Societies: Between Welfare Regimes and Service Markets. In: Bach, Maurizio/Lahusen, Christian/Voruba, Georg (Hg.): Europe in Motion. Social Dynamics and Political Institutions in an Enlarging Europe. Berlin: Edition Sigma, 119-139.

Mehr Demokratie e.V. 2007: Demokratie in der Europäischen Union. Kritik und Alternativen. München: Mehr Demokratie e.V.

Nanz, Patrizia/Steffek, Jens 2005: Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik. In: Knodt, Michèle/Finke, Barbara (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden: VS Verlag, 79-102.

Rek, Mateja 2007: Organised Civil Society in the Multilevel System of European Governance. In: Adam, Frane (Hg.): Social Capital and Governance. Old and New Members of the EU in Comparison. Münster: LIT, 151-173.

Scharpf, Fritz 2005: Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats. In: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos, 705-741.

Schendelen, Rinus van 2005: Machiavelli in Brussels. The Art of Lobbying the EU. Amsterdam: Amsterdam University Press.

Schuppert, Gunnar Folke 2001: Europäische Zivilgesellschaft – Phantom oder Zukunftsprojekt? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 14, Heft 4, 5-13.

Schutter, Olivier de 2002: Europe in Search of its Civil Society. In: European Law Journal, Jg. 8, Heft 2, 198-217.

Steffek, Jens/Nanz, Patrizia 2007: Emergent Patterns of Civil Society Participation in Global and European Governance. In: Steffek, Jens/Kissling, Claudia/Nanz, Patrizia (Hg.): Civil Society Participation in European and Global Governance A Cure for the Democratic Deficit? London: Palgrave, 1-29.

Winkler, Roman/Kozeluh, Ulrike 2005: Zivilgesellschaft Online: Anspruch und Umsetzung deliberativer Beteiligung am Beispiel der EU Diskussionsplattform „Your Voice in Europe“. In: Knodt, Michèle/Finke, Barbara (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden: VS Verlag, 171-196.

Zimmer, Annette et al. 2005: The Third Sector and the Policy Process in Germany. Third sector European Policy Working Paper No. 9. London.

Zimmer, Annette/Freise, Matthias 2008: Bringing Society Back In: Civil Society, Social Capital, and Third Sector. In: Maloney, William A./Deth, Jan van (Hg.): Civil Society and Governance in Europe. Cheltenham: Edward Elgar, 19-42.